

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 02.09.2015

Lfd. Nr. : 7.6

über

Drs. Nr. : 1343/XIX

Bezirksbürgermeisterin o.V.i.A.

Dringlichkeit

nachrichtlich den

schriftlich

Fraktionen der SPD, CDU, Grünen,
Die Linke und Piraten

Konsensliste

Beantwortung der Großen Anfrage

Perspektiven für die Flüchtlingsunterbringung in Neukölln

1. Bis wann wird sich entscheiden, ob die Unterkunft an der Haarlemer Straße zum Jahresende geschlossen und rückgebaut werden muss und was ist/wird für die fast 400 dort lebenden Menschen für den Fall geplant, dass diese Unterkunft im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung steht?
2. Welche Gründe verhindern immer noch die Realisierung der geplanten Unterkunft an der Karl-Marx-Straße/Grenzallee und besteht überhaupt noch eine Möglichkeit, dass diese Unterkunft in diesem Jahr noch realisiert und bezogen werden kann?
3. Wie lange soll die Notunterkunft am Mariendorfer Weg noch genutzt werden und wann ist mit einer zeitnahen Verlegung der dort wohnenden Menschen in angemessenere Unterkünfte zu rechnen?
4. Wenn die Menschen, die zum größten Teil seit einem halben Jahr in der Notunterkunft leben, die eigentlich nur für eine übergangsweise Unterbringung von wenigen Tagen ausgestattet ist, weiter dort verbleiben müssen, sind dann Schritte geplant, um die Wohnsituation zu verbessern und wenn ja, welche?
5. Sind weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Neukölln angedacht und wenn ja, in welchem Zeitrahmen sollen sie realisiert werden?

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Vonnekold,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der Fraktion der Grünen wie folgt:

Zu 1.: Nach Mitteilung des LAGeSo und des Staatssekretärs der Senatsverwaltung für Soziales haben Gespräche mit dem Erwerber des Grundstückes Haarlemer Str./Neue Späthstr. stattgefunden. Der Erwerber hat demzufolge signalisiert, dass er einer Verlängerung nicht ablehnend gegenüber steht. Für die weitere Planung müssen jedoch die Ergebnisse der vereinbarten Folgegespräche abgewartet werden. Eine aktuelle Anfrage beim LAGeSo vom 1.9.2015 hat darüber keine neuen Erkenntnisse gebracht.

Aus der Beantwortung einer Anfrage im Abgeordnetenhaus wurde bekannt, dass für den Rückbau der Gebäude und befestigten Flächen eine Summe von 600.000 € veranschlagt wird.

Zu 2.: Mit der SoWo-Berlin GmbH, inzwischen umfirmiert in Tamaja Soziale Dienste GmbH, wurde für die in der Karl-Marx-Straße 269 – 273 geplante Flüchtlingsunterkunft nunmehr eine vertragliche Regelung vereinbart. Nach Angaben des Betreibers werden die erforderlichen Anträge gestellt und Realisierungsschritte unternommen. Als Zeitpunkt des Erstbezuges geht dieser von März 2016 aus. Vorgesehen sind 423 Plätze sowie eine Kindertagesstätte.

Zu 3. und 4.: Die Nutzung der Notunterkunft Mariendorfer Weg erfolgt durch erneuten Bescheid des LAGeSo aktuell bis zum 30.09.2015. Derzeit wird eine weitere Nutzungsverlängerung, insbesondere bezogen auf bauliche Aspekte, geprüft. Es besteht Sanierungsbedarf, z.B. an den Fenstern, die Statik wurde als einwandfrei attestiert. Bei meinem letzten Besuch am gestrigen Abend habe ich hygienische Mängel in den mobilen Sanitäreinrichtungen festgestellt und der Senatsverwaltung für Soziales gemeldet.

Aus der Notunterkunft Mariendorfer Weg wurden im Juli zwei Familien mit Kindern auf deren eigenen Wunsch in die neue Flüchtlingsunterkunft Blumberger Damm 163/165 (Bezirk Marzahn-Hellersdorf) verlegt, darüber hinaus erfolgen immer wieder Wechsel von Einzelpersonen oder Familien aus den unterschiedlichsten Gründen.

Ich habe nach gemeinsamer Begehung mit einem neuen Mitarbeiter des LAGeSo dieses schriftlich aufgefordert, im Objekt eine Küche einzurichten, damit die Bewohner_innen auf Selbstversorgung umstellen können, und darüber hinaus den Einbau von Trennelementen in den Zimmern vorgeschlagen, um ein Mindestmaß an Privatsphäre herzustellen. Es wäre auch sinnvoll, den Vertrag zwischen Betreiber NTH und LAGeSo dergestalt anzupassen, dass er den Bedürfnissen daueruntergebrachter Bewohner_innen besser gerecht wird.

Eine aktuelle Belegungsliste wurde bei der Betreiberin angefordert. Sofern eine Überbelegung in den Zimmern vorliegt, wird eine Reduzierung der Kapazität vorgenommen, um damit die Wohnqualität der Bewohner zu verbessern.

Inzwischen hat das LAGeSo dem Betreiber NTH mitgeteilt, dass eine Verlängerung über den 30.9.2015 hinaus nicht beabsichtigt ist – allenfalls könnte eine Verlängerung um einen oder zwei Monate aufgrund akuter Unterbringungsprobleme erfolgen. Der Betreiber hat darauf das LAGeSo schriftlich aufgefordert, kurzfristig Klarheit über dessen Planungen zu schaffen, da den Beschäftigten nicht zuzumuten ist, in derartig prekären Arbeitsverhältnissen weiter beschäftigt zu werden.

Dies gilt im Übrigen auch für das Personal in der Haarlemer Straße. Aufgrund der gegenwärtigen Situation müssten sich die Beschäftigten bereits Ende des Monats bei der Arbeitsagentur melden und den drohenden Verlust des Arbeitsplatzes zum 30.11.2015 anzeigen.

Zu 5.: Derzeit sind keine konkreten Planungen des LAGeSo zu weiteren Unterbringungsmöglichkeiten im Bezirk bekannt, es ist jedoch damit zu rechnen, dass das LAGeSo vom Bezirk weitere Möglichkeiten der Unterbringung fordern oder mit Anbietern vereinbaren wird, da Neukölln mittlerweile die geringste Unterbringungsquote aller Bezirke für geflüchtete Personen aufweist. Die Erfahrung aus anderen Bezirken lehrt, dass dies auch sehr kurzfristig der Fall sein kann.

Bernd Szczepanski
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!